

AGIM Newsletter 2024-06

Liebe Unterstützer*Innen,

nachfolgend jüngste Meldungen zu indigenen Entwicklungen und Neuigkeiten.

„Warrior Women – Frauenpower des indigenen Widerstands“

Im letzten Rundbrief haben wir zur Veranstaltung mit Marcy Gilbert und Lakota Harden vom Warrior Women Project eingeladen.

Aufgrund eines Todesfalls (Lakotas Bruder Travis ist am 28.06. verstorben) können die beiden leider nicht nach München anreisen.

Die Veranstaltung findet dennoch statt. Wir werden über die Bedeutung indigener Frauen für den Widerstand, insbesondere als „Matriarchs of Wounded Knee“ berichten und die Ausstellung vorstellen, die im August im EineWeltHaus in München zu sehen sein wird.

Marcy Gilbert wird in einer Zoom-Schaltung teilnehmen.

Vortrag/Zoom mit Marcy Gilbert am 05.07.2024 um 19:00 Uhr im Münchner Zukunftssalon, Goethestr. 28, München

„Warrior Women of Wounded Knee“

Die Ausstellung, die vom Warrior Women Project erarbeitet wurde, porträtiert auf 16 Tafeln die indigenen Frauen des Widerstands von Wounded Knee und vermittelt einen neuen Blick auf den indigenen Widerstand des 20. Jahrhunderts.

Die Ausstellung ist vom 01.-31.08.2024 im EineWeltHaus München zu sehen. Vernissage mit Einführung am 01.08. um 19:00 Uhr.

Am 03.08.2024 um 19:00 zeigen wir dort die Dokumentation „Warrior Women“.

Ablehnung des Antrags von Leonard Peltier bei der US Parole Commission

Im letzten Rundbrief hatten wir aufgefordert, den schwerkranken politischen Gefangenen Leonard Peltier, der seit einem halben Jahrhundert im Gefängnis sitzt, zu unterstützen, um ihm zu ermöglichen, seine letzten Jahre in Freiheit bei seiner Familie zu verbringen.

Am 10. Juni 2024 fand die Anhörung zu einer Freilassung auf Bewährung statt. Zu unserer großen Enttäuschung wurde der Antrag abgelehnt. Auch wenn wir große Hoffnung in die Anhörung gesetzt hatten, kam die Entscheidung keineswegs überraschend, denn erneut zeigten sich seine Gegner unerbittlich.

Erst 2039 könnte er einen nächsten Antrag stellen. Dann wäre er – sofern noch am Leben – 94 Jahre alt. Doch die Bemühungen um seine Freilassung gehen weiter – auch hinsichtlich einer Begnadigung durch Präsident Biden.

50. Jahrestag der Ersten Treaty Conference 1974

Der International Indian Treaty Council (IITC) feiert dieses Jahr sein 50-jähriges Gründungsjubiläum. Gegründet wurde der IITC als Ergebnis der Ersten „Treaty Conference“, welche vom 06.-08. Juni 1974 auf der Standing Rock Reservation in South Dakota stattfand. 5.000 Delegierte aus ganz Amerika kamen damals zusammen, um ihre Stimme für die Rechte der Indigenen zu erheben und vor allem ihre Vertragsrechte einzufordern und gegen die anhaltende Unterdrückung zu protestieren.

Ihre Forderungen formulierten sie in der „Declaration of Continuing Independence“, der Deklaration der anhaltenden Unabhängigkeit, die das Gründungsdokument des IITC wurde. 1977 war der IITC die erste indigene Organisation, welche den offiziellen Beraterstatus beim Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen erhielt, als sich im September 1977 indigene Vertreter*innen Amerikas anlässlich der „International NGO Conference on Discrimination Against Indigenous Populations in the Americas“ zum ersten Mal bei den Vereinten Nationen in Genf trafen.

Zur 50-Jahr-Feier reisten Vertreter*innen von 300 indigenen Völkern bzw. Nationen nach Standing Rock, um das Jubiläum zu feiern, aber auch Strategien für die weitere Durchsetzung indigener Rechte zu beschließen. Die Themen waren entsprechend vielfältig – vom Kampf gegen die Gewalt an indigenen Frauen, über den Widerstand gegen Ressourcenausbeutung, den Schutz heiliger Stätten bis zu den Auswirkungen des Klimawandels. Ein besonderer Schwerpunkt galt der aktiven Beteiligung der indigenen Jugend an der Verteidigung indigener Identität.

Indigen: das Nordamerika Filmfestival feiert nächstes Jahr seine 10. Ausgabe

Wahrscheinlich haben schon viele darauf gewartet – nun stehen sowohl das Datum wie das Motto des renommierten Filmfestivals in Stuttgart fest. Unter dem Titel „Reaching for Stars – Indigenous Cinema on the Rise“ findet das Festival vom **13.-16. Februar 2025** statt. Nicht erst seit Lily Gladstone und „Killers of the Flower Moon“ wächst das Interesse an indigenen Themen im Film. Das Stuttgarter Filmfestival widmet sich jedoch besonders dem indigenen Filmschaffen. So dürfen wir gespannt sein, welche Filme auf dem Programm stehen – und natürlich was das Rahmenprogramm mit Musiker*innen oder Künstler*innen zu bieten hat.

20-Jahr-Feier des National Museum of American Indian in Washington

Mit einem großen Fest feierte das Museum in Washington, D.C., sein Bestehen und lud zu einem sechstägigen „Smithsonian Folklife Festival“, an dem mehr als 250 Künstler*innen, Musiker*innen, Tänzer*innen und Kulturvertreter*innen teilnahmen – nicht nur aus den USA, sondern auch aus Kanada, Mexiko oder Südamerika. Übrigens unterbrach auch der Menominee-Musiker Wade Fernandez, der diesen Sommer bei den Karl-May-Festspielen als Berater auftritt, sein Deutschland-Engagement, um in Washington aufzutreten.

Die Eröffnungsrede hielt US-Innenministerin Deb Haaland (Laguna Pueblo), welche die Kraft und Lebendigkeit indigener Kulturen im 21. Jahrhundert betonte. Das Museum, welches unter Mitwirkung von Indigenen selbst entstand, sei Ausdruck der „Schönheit und Vielfalt“ indigener Kulturen. Direktorin Cynthia Chavez Lamar, welche als erste indigene Frau das Museum leitet, verwies insbesondere auf die Rolle der Institution für die Sichtbarkeit der indigenen Kulturen.

Das Museum eröffnete 2004 seine Pforten in Washington und bildete damit eine Ergänzung zum Smithsonian Museum in New York City, das bereits 1989 gegründet wurde.

Und noch ein Jubiläum: „Indian Citizenship Act“

Vor 100 Jahren, am 2. Juni 1924 unterzeichnete US-Präsident Calvin Coolidge den „Indian Citizenship Act“ (auch „Snyder Act“), welcher allen Indigenen, die auf dem Territorium der USA geboren sind, die US-amerikanische Staatsbürgerschaft „verlieh“. Gefragt wurden die „Neubürger*innen“ natürlich nicht, ob sie nun Staatsbürger*innen und „Untertanen“ der USA werden wollten. Allerdings hält das Gesetz ausdrücklich fest, dass die Staatsbürgerschaft in keiner Weise ihre indianischen Stammes- oder Besitzrechte einschränken würde.

Dennoch war das Gesetz ein klarer Schritt zur Assimilierung der Indigenen. Viele hatten bereits kurz zuvor im Ersten Weltkrieg auf Seiten der USA in Europa gekämpft, weshalb die Staatsbürgerschaft auch als Anerkennung ihres Einsatzes betrachtet wurde. Doch die Indigenen hatten nur wenige Jahrzehnte zuvor schmerzhaft erfahren müssen, was diese Assimilierungspolitik für sie bedeutete, als ihnen mit dem „Dawes Act“ bzw. „General Allotment Act“ weite Teile ihres traditionellen Landes geraubt wurden – mit gravierenden Folgen bis heute. Vor allem die Haudenosaunee (Irokesen) wehrten sich vehement gegen diese Zwangsvereinnahmung – was nicht zuletzt Deskaheh Levi General dazu veranlasste, 1923 nach Genf zu reisen, um beim Völkerbund (vergeblich) die Unterstützung indigener Rechte einzufordern.

Denn der wahre Grund für den „Indian Citizenship Act“ war die Absicht, alle Indigenen zu Steuerzahlern zu machen, aber nicht ihnen neue Rechte wie das Wahlrecht einzuräumen. Die Entscheidung darüber blieb den US-Bundesstaaten überlassen. So erhielten etwa die Indigenen in Alaska erst 1945 mit dem „Alaska Equal Rights Act“ das Wahlrecht. Es dauerte bis 1965, als mit dem „Voting Rights Act“ allen Indigenen das Wahlrecht zugesichert wurde. Doch bis heute haben sie mit Behinderungen und Schikanen zu kämpfen – selbst bei den anstehenden Kongress- und Präsidentschaftswahlen im November 2024.

Kw’tsán National Monument

Der noch amtierende Präsident Joe Biden hat – nicht zuletzt mit der Unterstützung durch Innenministerin Deb Haaland und zahlreichen indigenen Berater*innen in der Administration – einige (auch finanzielle) Maßnahmen ergriffen, um die Indigenen zu unterstützen. Sie reichen vom Ausbau von Schutzgebieten, Mitwirkungsrechten in der Verwaltung von Land- und Fortmanagement bis zu Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen – auch wenn sie bei weitem nicht reichen, um Versäumnisse und Unrecht der Vergangenheit (und Gegenwart) zu beseitigen.

Nachdem Biden bereits mehrere Proklamationen zum (leider ungenügenden) Schutz bedeutender indigener Stätten wie des Chaco Canyon und im August 2023 mit des „Baaj Nwaavjo I’tah Kukveni – Ancestral Footprints of the Grand Canyon National Monument“ erlassen hat, hofft der Fort Yuma Quechan Indian Tribe, Präsident Biden würde seine Befugnisse unter dem „Antiquities Act“ nutzen, um einen Teil ihres traditionellen Gebiets in der kalifornischen Wüste zum „Kw’tsán National Monument“ zu erklären. Damit wollen sie insbesondere den Goldabbau bei Oro Cruz in den Caro Muchacho Mountains stoppen und bitten um Unterstützung:

<https://www.protectkwtsan.org/actnow>

Kein Uran auf indigenem Land!

So begrüßenswert die Ernennung von Schutzgebieten oder Nationalmonumenten ist, so wirkungslos sind sie andererseits, wenn es um die Wirtschaftsinteressen der Konzerne geht, denn obwohl das Schutzgebiet am Grand Canyon den Uranabbau im Lebensraum der Havasupai verhindern soll, hat der US-Kongress sich beharrlich geweigert ein Grundproblem dieser Situation zu beseitigen, das verhängnisvolle Bergbaugesetz von 1872, das noch immer Bergbauinteressen der Unternehmen schützt.

Die Havasupai wehren sich seit Jahrzehnten gegen den Uranabbau, da er nicht zuletzt ihr Trinkwasser (und das vieler anderer) bedroht. Im Dezember 2023 hat Energy Fuels die Uranmine Pinyon Plain Mine (vormals Canyon Mine) am Red Butte in Betrieb genommen, denn Bidens Proklamation schützt die Region nur gegen neue Bergbauprojekte, nicht jedoch gegen bereits bestehende – und die Mine wurde bereits 1986 genehmigt.

Auch die Navajo Nation wehrt sich gegen die Auswirkungen der neuen Mine. Bereits 2005 erließ sie mit dem „Diné Natural Resources Protection Act“ einen Bann gegen Abbau, Verarbeitung oder Transport von Uran auf dem Land der Diné. **Noch liegt das geförderte Urangestein der Pinyon Plain Mine vor Ort, doch der Transport in die White Mesa Mill in Blandings, Utah, würde durch das Land der Indigenen führen.** Navajo Nation Präsident Buu Nygren hat daher am 30. April 2024 Präsident Biden aufgefordert, ein Gesetz zu unterzeichnen, das den Transport durch die Navajo Nation Reservation verbieten würde.

Energy Fuels plant täglich sechs Trucks mit Urangestein zur 500 km entfernten „Uranmühle“ nach Utah zu schicken. Das Problem für die Indigenen: Sie haben zwar einen Bann gegen den Urantransport erlassen, doch der Staat Arizona erlaubt den Transport auf seinen Highways 89 und 160, die durch das Reservat führen.

Petition: <https://www.grandcanyontrust.org/blog/navajo-nation-asks-biden-stop-uranium-transport-grand-canyon-mine>

Erfolg: Landrückgabe an Shasta Indian Nation in Kalifornien

Meist müssen wir von Problemen, Herausforderungen und negativen Auswirkungen berichten, denen die Indigenen ausgesetzt sind, doch nun gibt es auch einen Erfolg zu berichten.

Kaliforniens Gouverneur Gavin Newsom (der zwischenzeitlich als möglicher demokratischer Ersatzkandidat für Joe Biden bei der diesjährigen Präsidentschaftswahl gehandelt wird) hat seine Unterstützung für ein Gesetz zur Rückgabe von traditionellem Land an die Shasta Indian Nation in Kalifornien erklärt. Die Ankündigung Newsoms, der seit 2019 Gouverneur von Kalifornien ist, markiert den fünften Jahrestag der offiziellen Entschuldigung des Bundesstaats für das historische Unrecht an den Indigenen.

Die Rückgabe des Landes umfasst 1.133 Hektar im Siskiyou County und ist Teil des „Klamath River Dam Removal Projects“, des lange umkämpften Projekts zum Rückbau der Dämme, welche den Lebensraum der Lachse fast vernichtet hatten. Zuvor hatte Kalifornien auch angestammtes Land der Fort Independence Indian Community, der Lone Pine Paiute-Shoshone Reservation, des Mechoopda Indian Tribe of Chico Rancheria und des Wiyot Tribe zurückgegeben.

Nachdem mit dem Goldrausch in Kalifornien Indigene von ihrem Land vertrieben wurden, mussten sie zudem 1911 dem ersten Dammbau weichen. Inzwischen hat auch die Bundesregierung eingeräumt, dass das Staudammprojekt ein großer Fehler und ein gravierendes Unrecht gegenüber den Indigenen war, wie ein vom Innenministerium jüngst veröffentlichter Bericht belegt.

Das 73-seitige Dokument „Historic and Ongoing Impacts of Federal Dams on the Columbia River Basin Tribes“ kommt zu dem Schluss, dass „die Regierung, wenn überhaupt, nur wenig Rücksicht auf die verheerenden Folgen genommen hat, die die Dämme für die Stammesgemeinschaften, einschließlich ihrer Kultur, ihrer heiligen Stätten, ihrer Wirtschaft und ihrer Häuser, haben würden“.

Sollte Gavin Newsom doch noch ins Rennen gegen Trump einsteigen, könnten sich die Indigenen zumindest Hoffnung machen, es mit keinem erklärten Gegner indigener Rechte zu tun zu haben.

Leider keine frohe Botschaft aus Kanada: Kriminalisierung der Wet'suwet'en

Am 21.06.2024, dem jährlichen „Indigenous Day“ in Kanada schmückte sich Kanadas Premierminister Justin Trudeau mal wieder mit blumigen Bekundungen zur „Aussöhnung“ mit den Indigenen: „Trotz früherer Versuche Kanadas, indigene Kulturen, Traditionen und Sprachen auszulöschen, haben die

indigenen Völker durchgehalten. Heute feiern wir ihre Errungenschaften, ihren Mut und ihre unerschütterliche Widerstandskraft.“ Die Folgen der von Trudeau so gelobten „Widerstandskraft“ der Indigenen müssen die Wet'suwet'en in British Columbia schmerzlich am eigenen Leib erfahren.

Seit 2019 wehren sie sich gegen die Coastal GasLink Pipeline des Betreibers TC Energy, welche Flüssiggas durch ihr traditionelles Gebiet bis an die Küste von British Columbia transportieren soll. Ihr Widerstand gegen das Projekt wird von der Bundespolizei RCMP wie auch privaten Sicherheitsdiensten immer wieder äußerst brutal niedergedrungen. Mehr als 75 „land defenders“, welche das Land gegen die Zerstörung schützen wollen, wurden im Laufe der Jahre willkürlich verhaftet und ihr Widerstand kriminalisiert.

Im Januar 2024 wurden Shaylynn Sampson, Corey „Jayochee“ Jocho und Molly „Sleydo“ Wickham, Sprecherin des Widerstands, vor Gericht schuldig gesprochen. Ihnen wurde vorgeworfen, sie hätten Gerichtsverfügungen missachtet und „Hausfriedensbruch“ begangen, in dem sie ihr Land vor Ort verteidigten. Die drei Verurteilten hatten Gegenklage erhoben, da die RCMP während der Übergriffe auf das Camp der Indigenen deren Rechte verletzt hätten. Das Verfahren wird im September 2024 fortgesetzt. Bereits im Juli 2024 soll das Urteil gegen Chief Dtsa'hyl, einen Erbchief der Wet'suwet'en, verkündet werden. Ihm drohen bis zu neun Monate Haft.

Indigene, Aktivist*innen und Menschenrechtsorganisationen forderten Anfang Juli in einem offenen Brief von Amnesty International Canada die Regierung von British Columbia auf, sämtliche Anklagen fallen zu lassen und die Kriminalisierung der Indigenen zu unterbinden.

In Solidarität mit dem Selbstbestimmungsrecht der indigenen Völker

Herzliche Grüße

Monika Seiller

Aktionsgruppe Indigene & Menschenrechte e.V.
Frohschammerstrasse 14
D-80807 Muenchen

+49-173-9265932

post@aktionsgruppe.de

P.S.: Auch Widerstand braucht Geld. Spenden bitte per Überweisung auf unser Vereinskonto oder direkt per PayPal:

https://www.paypal.com/donate/?hosted_button_id=G7PTNPDGS258J

www.aktionsgruppe.de
<https://www.facebook.com/aktionsgruppe.indianer>
<https://de-de.facebook.com/pages/Indianer-Netzwerk/250652304992222>
Aktionsgruppe Indigene & Menschenrechte e.V. (AGIM) ist ein gemeinnütziger Verein (gegr. 1986) zur Unterstützung der Rechte der indigenen Völker Nordamerikas und Herausgeberin des Magazins COYOTE. AGIM e.V. (Action Group for Indigenous and Human Rights, est. 1986) is a non-profit human rights organization dedicated to supporting the right to self-determination of Indigenous peoples in North America. We publish a quarterly magazine COYOTE.
Bankverbindung: IBAN DE28 7015 0000 0017 2234 70 / BIC: SSKMDEM3333 / Stadtparkasse München
Schon gewusst? Wir versenden jeden Monat einen Email-Newsletter mit aktuellen Terminen und Informationen. Interessiert? Einfach eine Email mit dem Betreff "Newsletter bestellen" an post@aktionsgruppe.de schicken.